



FDP

Fraktion Region Hannover

24. März 2009

Haushalt 2009

Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Dieter Lüddecke

Allgemeines:

Sparen und investieren sind zwei Seiten derselben Medaille. Sparen bei öffentlichen Verwaltungsaufgaben und Investieren in Zukunftsaufgaben sichert Arbeitsplätze und schafft mittelfristig wieder Wachstum. Dieser Grundsatz ist für den Haushalt 2009 von besonderer Bedeutung, denn die augenblickliche Situation eines wirtschaftlichen Abschwungs verlangt von uns auch im Gesamtkonzept eines Haushalts geeignete Maßnahmen zum Gegensteuern. Dies scheint mit den zusätzlichen Investitionen –Stichwort Konjunkturpaket II– gelungen zu sein. Doch die erheblichen Versäumnisse der Vergangenheit bei der Ausgabenbegrenzung im Verwaltungshaushalt mit jährlich hohen strukturellen Defiziten zeigen jetzt ihre Folgen: der heute zu beschließende Verwaltungshaushalt weist einen Fehlbetrag von 495 Mio. Euro auf. Warnungen der Fraktionen von FDP und CDU bei jeder Haushaltsdebatte haben Sie von der Mehrheitsgruppe kalt lächelnd ignoriert, offensichtlich um als Wohltäter gegenüber der Bevölkerung aufzutreten und Wahlen zu gewinnen. Das kann eine Zeit lang gut gehen, jetzt ist Schluss mit lustig und Sie müssen den Offenbarungseid leisten. Allein an Überziehungskrediten zahlt die Region in diesem Jahr 20,3 Mio. Euro oder 55.600 Euro täglich. Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird. Diese desolante Lage der Region verbessern Sie nicht dadurch, dass Sie die Hebesätze der Regionsumlage erhöhen. Zum einen strangulieren Sie unsere Städte und Gemeinden, die aufgrund der augenblicklichen Einbrüche bei Steuereinnahmen sehr zu kämpfen haben, und zum anderen fällt jede Mehreinnahme aus Umlageerhöhungen in ein Fass ohne Boden. Hierfür spricht schon allein die Tatsache, dass ein Konzept der Verwaltung für eine Reduzierung der Fehlbeträge in den nächsten Jahren und damit eine Entschuldung der Region auch auf Nachfrage von uns nicht vorliegt. Wenn man dann noch die ständig steigenden Kosten im Einzelplan 4 betrachtet, dann ist auch mit diesem Haushalt ein Licht am Ende des Tunnels nicht zu erkennen. Das können Sie von der Mehrheitsgruppe auch hier nicht schön reden.

Nun behauptet die Verwaltung, sie habe durch Kürzungen in vielen Bereichen das strukturelle Defizit für den laufenden Haushalt deutlich reduzieren können. Richtig, das erkennen wir ausdrücklich an. Nur, Herr Regionspräsident, das hätte die Verwaltung seit der Regionsbildung von Anfang an machen müssen. Dann würden wir heute über einen ganz anderen Haushalt diskutieren.

Nun höre ich von der Mehrheitsgruppe bei jeder Haushaltsdebatte: man kann die Region auch kaputt sparen und alle Ausgaben sind durch Gesetze und Verträge festgeschrieben. Falsch, meine Damen und Herren. Das Regionsgesetz gibt uns zwar vor, Wirtschaftsförderung zu betreiben, aber nicht in welcher Form und mit welchen Ausgaben. Das Regionsgesetz verpflichtet uns zwar, den Öffentlichen Personennahverkehr sicherzustellen, sagt aber nichts über die Höhe der Finanzierung. Ich könnte dies für viele Pflichtaufgaben so fortsetzen. Die Frage, wie wir unsere Pflichtaufgaben wahrnehmen, entscheidet allein die Politik über den Haushalt. Hatten wir hier in

den vergangenen Jahren noch einen gewissen Spielraum, vor allem aufgrund der stark gestiegenen Steuereinnahmen und damit verbunden auch der stetig wachsenden Regionsumlage, so ist dieser Spielraum heute verloren. 495 Mio. Euro Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt und rund 500 Mio. Euro zusätzliche Schulden im Vermögenshaushalt sprechen eine deutliche Sprache. Da hilft Ihnen auch keine späte Erhöhung der Regionsumlage. Schon allein aus diesem Grund müsste man den Haushalt 2009 ablehnen.

Ich möchte nun auf einige Einzelaspekte im Haushalt eingehen.

Wirtschaftsförderung:

Die FDP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren stets gefordert, die Kräfte der Wirtschaftsförderung zu bündeln und die Vielzahl der Tochtergesellschaften deutlich zu reduzieren. Dies ist jetzt, nach unserer Meinung allerdings viel zu spät, in Teilen gelungen. Es wäre völlig ausreichend, wenn zwei Gesellschaften von Anfang an installiert worden wären, wie die FDP es gefordert hat: eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Existenzgründungen, Bestandspflege und Wachstum und eine zweite für Marketing und Tourismus. Beide Gesellschaften sollten nach unserer Auffassung möglichst politikfern und wirtschaftsnah von Geschäftsführern aus der Wirtschaft geleitet werden. Ob das mit der augenblicklichen Konstruktion erreicht werden kann, bleibt abzuwarten, wahrscheinlich eher nicht. Mit ihrer ständigen Umstrukturierung haben Sie eins erreicht: der wichtigste und kreativste Kopf unserer Wirtschaftsförderung geht zum Wettbewerber nach Bremen. Aus Wirtschaftsunternehmen kennen wir das: Geschäftsführer oder Vertriebsleiter werden von der Konkurrenz abgeworben. Diese verändern sich nicht nur räumlich, sondern nehmen ihr Wissen, ihre Konzepte und vor allem ihre Kontakte mit in das neue Unternehmen. Diesen deutlichen Verlust unserer Wirtschaftsförderung können Sie, Herr Regionspräsident, auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Hannover Holding in keiner Weise ausgleichen.

Die im Haushalt 2009 vorgesehenen Investitionen unterstützen wir als FDP-Fraktion ausdrücklich. Es wäre wünschenswert, wenn die im vergangenen Jahr bewilligten Mittel endlich über sinnvolle und nachhaltige Projekte abfließen könnten und damit helfen, Arbeitsplätze in der Region zu sichern. Im Verwaltungshaushalt haben wir von Jahr zu Jahr deutliche Einsparungen gefordert, die von der Mehrheitsgruppe stets abgelehnt wurden. Mit ein bis zwei Jahren Verzögerung hat die Verwaltung die fast identischen Kürzungen bei den Betriebskosten selbst vorgeschlagen und durchgesetzt. Wir sehen hieran, Herr Dr. Martensen, dass Verwaltungen für Lernprozesse immer noch fähig sein können.

Verkehrspolitik:

Die FDP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren regelmäßig die Bereitschaft bei der Mehrheitsgruppe von SPD und Grünen eingefordert, zur rechten Zeit ein passgenaues Angebot im ÖPNV zu erarbeiten, das maßvolle Reduzierungen bei unausgelasteten Linien und eine zumutbare Verlängerung von Takten beinhaltet. Moderate Kürzungen wären vor zwei Jahren aufgrund der guten Konjunkturlage und damit verbunden von Steuermehreinnahmen richtig und sinnvoll gewesen. In der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Region in ihren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt und muss unter Umständen zu weit radikaleren Einsparmaßnahmen auch im ÖPNV greifen, als es nötig gewesen wäre, wenn zur rechten Zeit konsequenter Kürzungen im ÖPNV vorgenommen worden wären. In der aktuellen desolaten Finanzlage der Region wäre es ebenfalls unverantwortlich, ein Sozialticket im ÖPNV einzuführen, denn dieses würde den Regionshaushalt laut Berechnungen der Verwaltung jedes Jahr mit Mindereinnahmen zwischen 9,5 und 21 Mio. € nur allein im Segment der Erwachsenen belasten und das Defizit der Region enorm vergrößern. Daran ändert auch Ihr abgewandeltes Modell nichts, die Kosten werden immer zu Lasten der üstra bzw. der Region gehen. Unser Haushaltsbegleit Antrag zur Vergrößerung des S-Bahn-Taktes an den Wochenenden von einem halbstündigen auf einen Stundentakt brächte eine Entlastung für den Regionshaushalt in Millionenhöhe, gleichzeitig würden die Bewohner des Umlandes sich mit diesem Angebot noch arrangieren können. Die von der Regionsverwaltung ursprünglich im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Reduzierung des S-Bahn-Angebotes auf einen Zwei-Stunden-Takt an den Wochenenden erachten wir allerdings als nicht vertretbar gegenüber den Bewohnern des

Umlandes, denen ohnehin ein vergleichsweise schlechteres ÖPNV-Angebot zur Verfügung steht. Aus unserer Sicht würde durch eine Umsetzung dieses Vorschlages ein wichtiges Ziel bei Regionsgründung – das Schaffen vergleichbarer Lebensbedingungen in Stadt und Umland Hannovers – gefährdet. Zur Kritik an der Landesregierung, die vom Bund gekürzten Regionalisierungsmittel würden nicht kompensiert, können wir nur feststellen: die Landesregierung hat, obwohl hierzu nicht verpflichtet, jährlich 15 Mio. Euro eingesetzt, um die seit 2006 erfolgten Kürzungen des Bundes zumindest teilweise aufzufangen. Dies wird nach unseren Informationen auch in Zukunft der Fall sein. Ich verstehe ja, warum Sie von der SPD/Grünen-Gruppe das gern verschweigen möchten. Ein weiterer vernünftiger Weg, mit dem vom Bund veranlassten Wegfall der Mittel konstruktiv umzugehen, ist der jetzt von der Region Hannover beschrittene Weg der kompletten Ausschreibung des S-Bahn-Netzes ab 2013. Diese wird von der FDP-Fraktion sehr unterstützt! Sie bietet der Region die Chance auf jährliche Einsparungen bei den zu bestellenden Verkehrsleistungen in Höhe von rd. 10 Mio. Euro und den ÖPNV-Kunden einen besseren Service.

Ebenso positiv bewerten wir die für das Jahr 2009 geplanten Investitionen für Straßensanierung und Radwegbau. Die FDP-Fraktion hat diese Investitionen seit Jahren gefordert, sie sind solide finanziert und werden deshalb ausdrücklich von uns begrüßt. Sie sind wie andere sinnvolle Investitionen eine Möglichkeit, aus unserem Haushalt heraus Arbeitsplätze vor allem im Mittelstand zu sichern.

Umwelt und Naherholung:

Aufgrund der hohen Verschuldung der Region Hannover wurden in den letzten Jahren die Ausgaben für Naherholungsvorhaben deutlich zurückgefahren - mit Ausnahme des Projektes Gartenregion 2009, das wir als FDP-Fraktion von Anfang an unterstützt haben. Weitere Naherholprojekte über das Konjunkturpaket II zu finanzieren, lehnt die FDP-Fraktion jedoch entschieden ab. So sollten Projekte wie der Bau eines Informationszentrums Hannoversche Moorgeest (950.000 €) und die Sanierung und Neugestaltung der ehemaligen Wolfs- und Karibugehege im Zoo Hannover (980.000 €) zugunsten anderer Projekte im Bereich „Bildung“ gestrichen werden.

Das Projekt Hannoversche Moorgeest ist noch in der Prüfungsphase. Erst Ende des Jahres 2009 wird entschieden, ob es überhaupt und wie umgesetzt wird. Das Einrichten eines Info-Zentrums macht daher zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, zumal noch ein Standort gesucht werden muss. Der Zoo Hannover hat von der Region regelmäßig enorme Beträge für Sanierungen und Neubau-Projekte wie z. B. Yukon Bay erhalten. Die FDP-Fraktion hat das stets unterstützt. Jetzt parallel zu Yukon Bay ein zweites Projekt für den Zoo über Steuermittel zu finanzieren, ist in der augenblicklichen Situation nicht zu vertreten. Hier gibt es dringenderen Bedarf an anderer Stelle. Sie, Herr Regionspräsident, hätten unseren Vorschlag, das Geld auch für Investitionen bei den allgemeinbildenden Schulen auszugeben, zumindest ernsthaft prüfen sollen.

Soziales und Jugendhilfe:

Die Ansätze im Einzelplan 4 „Soziale Sicherung“ lassen weitere Ausgabensteigerungen erwarten. Die Gesamtsumme beträgt inzwischen 837 Mio. Euro - dies entspricht knapp 2/3 der gesamten Ausgaben des Verwaltungshaushalts. Nun erhalten wir ja Ausgleichszahlungen von Bund und Land, so dass lediglich unser Eigenanteil zu betrachten ist. Aber auch dieser Zuschussbedarf der Region erreicht im Jahr 2009 einen Negativrekord von 465 Mio. Euro.

Die FDP-Fraktion erkennt an, dass sich die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten redlich darum bemüht, der ausufernden Kosten Herr zu werden. Allerdings stellt sich die Frage, ob das Bemühen ausreicht und ob sie mit Bordmitteln dazu in der Lage ist. Die gegenwärtige Kostenexplosion und die Trägheit in der Entwicklung und Umsetzung neuer Steuerungsmechanismen sprechen jedenfalls dagegen. Es fehlt an einem effizienten Controlling und einem Gesamtkonzept, welches unter anderem auch organisatorische und personelle Fragestellungen wie zum Beispiel die Personalentwicklung im Fachbereich Soziales berücksichtigt.

Im größten Ausgabeblock des gesamten Haushalts steckt das Berichtswesen noch in den Kinderschuhen, an vielen Einzelbaustellen wird gerade erst die Arbeit aufgenommen – an einigen Punkten so, als sei die Region Hannover erst vor einem Jahr gegründet. In der Eingliederungshilfe gibt es Berge von Altlasten und die Zusammenarbeit mit den Regionskommunen läuft nach unseren Informationen eher bescheiden. Einsparungen im Haushaltssicherungskonzept II entpuppen sich bei näherem Hinsehen als Kostenverschiebungen auf das Land, wie bei der Betreueranerkennung, oder sogar als reine Luftbuchungen (Bsp. Familienhebamme von FB Gesundheit zu Prävention Jugendhilfe).

Kurz und gut: Die FDP-Fraktion ist zutiefst davon überzeugt, dass externer Sachverstand benötigt wird. Fachleute von außen sollten wie in anderen Landkreisen eine sachlich-neutrale Durchleuchtung aller Ausgaben im Einzelplan 4 samt der dahinter stehenden Aufgaben, Ressourcen und Strukturen vornehmen. Vor dem Hintergrund der Forderung nach einer erhöhten Regionsumlage an die regionsangehörigen Städte und Gemeinden besteht sogar eine moralische Pflicht, für mehr Transparenz zu sorgen und keine Chance ungenutzt zu lassen, Optimierungs- und Konsolidierungspotentiale zu heben.

Erfreulicher gestaltet sich die Entwicklung beim Klinikum Region Hannover. Der Wirtschaftsplan 2009 avisiert die schwarze Null. Dennoch erhält das Klinikum aus dem Verwaltungshaushalt eine – angeblich letzte - Finanzspritze in Höhe von ca. 11 Mio. Euro, um die Restrukturierungsphase abzuschließen. Über den Vermögenshaushalt fließen dem Klinikum weitere 8 Mio. € für den Siloah-Neubau zu. Die FDP-Fraktion wird den Sozialdezernenten und zugl. Aufsichtsratsvorsitzenden des Klinikums beim Wort nehmen, wenn er erklärt, dass die Region Hannover für den Siloah-Neubau in den Jahren ab 2010 nur noch insgesamt 3,5 Mio. Euro an Trägermitteln aufbringen muss. Wir werden das im nächsten Jahr genau beobachten.

In der Jugendhilfe bleibt das Thema „Herstellung einer gerechteren Kostenverteilung“ ganz oben auf der Tagesordnung. Die FDP-Fraktion hält die Lösung über eine Sonderumlage für einen gangbaren Weg, gleichzeitig sollten aber auch andere Möglichkeiten untersucht werden. Unseren Antrag aus dem Jahr 2003 haben Verwaltung und rot-grüne Mehrheitsgruppe abgelehnt. Nun sind Sie am Zuge, endlich eine gerechte und von allen akzeptierte Lösung für unsere Jugendämter durchzusetzen.

Schlussbemerkung:

Ich darf zurückkommen auf meine Eingangsaussage. Sparen müssen wir im Verwaltungshaushalt, mehr als bisher. Viele Investitionen dagegen halten wir als FDP-Fraktion für sinnvoll, auch wenn sie im Konjunkturpaket II mit Krediten der Region gegenfinanziert werden. Zum einen mindern wir den immer noch vorhandenen Investitionsstau, besonders bei Schulen, und zum anderen sichern wir die Existenz mittelständischer Unternehmen in der Region und vor allem deren Arbeitsplätze. Dadurch fließt über Steuern eine beträchtliche Summe dieser Investitionsausgaben an Staat oder Kommunen zurück, das heißt, die Region profitiert von solchen Investitionen doppelt. Voraussetzung ist jedoch, dass die Verwaltung die Möglichkeiten einer begrenzten Ausschreibung mit den deutlich erhöhten Grenzwerten auch nutzt und damit vorwiegend Firmen aus der Region zum Zuge kommen.

Die Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt dagegen sind nicht mehr zu verantworten. Bund und Land können es für uns nicht richten - aus diesem Schuldenberg muss sich die Region schon selbst befreien. Auch wenn erste Ansätze der Verwaltung für uns erkennbar sind, wird es mit diesem Haushalt nicht gelingen. Wer mit seiner politischen Mehrheit jahrelang jede Kritik der Opposition am Haushalt kategorisch ablehnt, steht am Ende allein in der Verantwortung für die desolate Haushaltslage.

Die FDP-Fraktion wird deshalb diesem hoch defizitären Haushalt nicht zustimmen können.